

Christine Henry-Huthmacher

Das kleine Schild an der geschlossenen Ladentüre bringt das Dilemma deutscher Familienpolitik auf den Punkt. Die sehr erfolgreiche Floristin teilt mit, dass sie ihren Laden schließen muss, da sich die Betreuung ihrer Kinder im Alter von ein und drei Jahren und das Geschäft nicht länger vereinbaren lassen.

Ohne eine öffentliche Infrastruktur, die die Eltern in dem von ihnen gewünschten und erforderlichen Umfang entlastet, ist eine gelungene Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht möglich. Aber gerade die Versorgungsquote mit Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren betrug 1998 in Westdeutschland nur drei Prozent, in Ostdeutschland 36 Prozent. Zwar ist das Angebot an Kindergartenplätzen für Drei- bis Sechsjährige quantitativ ausreichend, doch weist es qualitative Defizite hinsichtlich der Lage und Länge der Öffnungszeiten auf, die für berufstätige Mütter und Väter unattraktiv sind. Das Problem einer mangelhaften Betreuungsinfrastruktur setzt sich auch in den Schulen fort. Weniger als fünf Prozent aller allgemein bildenden Schulen sind Ganztagschulen, und nur für sechs Prozent aller Sechs- bis Vierzehnjährigen sind Hortplätze vorhanden. Erforderlich sind nicht nur Ausweitungen der Betreuungsangebote, sondern auch flexiblere Öffnungszeiten, die sich an den Bedarfslagen von Eltern und Kindern orientieren.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf stellt sich heute und zukünftig mit immer stärkerer Dringlichkeit, da immer mehr be-

rufstätige Mütter einem mangelnden Angebot flexibler institutioneller Betreuung gegenüberstehen. Das in Deutschland lange Zeit vorherrschende Alleinverdienermodell wird zunehmend durch ein „Anderthalb-Verdiener-Modell“ mit kürzer werdenden Familienpausen beziehungsweise reduzierter Arbeitszeit ersetzt.

Die Zunahme der Doppelverdienerhaushalte ist eine Entwicklung, die in fast allen EU-Ländern im letzten Jahrzehnt zu beobachten ist. Während der Alleinverdienerhaushalt stark rückläufig ist, hat sich der Doppelverdienerhaushalt zum vorherrschenden Modell in nahezu allen EU-Ländern entwickelt. Dabei hat sich die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen als einer der herausragendsten und beständigsten Trends auf den europäischen Arbeitsmärkten erwiesen. Diese starke Zunahme der Doppelverdienerhaushalte war sicher ohne eine Veränderung des Elternverhaltens und des Familienverständnisses nicht möglich. In der Tat stieg in den meisten Mitgliedsstaaten die relative Zahl der Doppelverdienerhaushalte mit wenigstens einem Kind unter fünfzehn Jahren zwischen 1992 und 2000 stärker als die der Kinderlosen. An der Spitze dieser Entwicklung standen die Niederlande mit einem Verhältnis von fast 3:1, gefolgt vom Vereinigten Königreich mit 2:1. Auch in Griechenland, Spanien und Portugal überwogen im Jahr 2000 die Doppelverdienerhaushalte mit Kindern. Mit der gestiegenen Berufstätigkeit beider Eltern stellt sich immer zentraler die Frage nach der Vereinbarkeit von

Familie und Beruf, die in jedem Land vor dem Hintergrund kultureller, wirtschaftlicher und arbeitsmarktpolitischer Gegebenheiten gelöst wird.

Wandel in Italien und Spanien

Aufgrund des bedeutenden sozialen Wandels in Italien und auch in Spanien in den letzten zehn Jahren, der sich durch die niedrigsten Geburtenraten in Europa, einer steigenden Zahl von Ein-Kind-Familien und einer wachsenden Zahl von erwerbstätigen Müttern kennzeichnen lässt, sind die Betreuungssysteme für berufstätige Mütter keineswegs zufriedenstellend. In Italien besuchen 92 Prozent der drei- bis fünfjährigen Kinder einen Kindergarten, doch liegt die Besucherquote der Kinderkrippen bei fünf Prozent. Ähnlich liegt die Quote in Spanien bei den vier- bis fünfjährigen Kindern bei neunzig Prozent, während sie bei den Dreijährigen bei 55 Prozent liegt. Zwar arbeiten beide Länder – vor allem Spanien – an einer Angebots- und Qualitätsverbesserung der Institutionen, um die frühkindliche Erziehung weniger als Dienstleistung, sondern vor allem als Lern- und Entwicklungschance für Kinder mit anderen Kindern zu verstehen, doch ist das Angebot in beiden Ländern für berufstätige Eltern unzureichend. Es wird als zu wenig flexibel und als zu wenig flächendeckend empfunden. Beide Länder haben eine im europäischen Vergleich auch geringere Frauenerwerbstätigkeit und eine hohe Frauenarbeitslosigkeit.

Niederlande und Vereinigtes Königreich

Die Niederlande weisen die höchste Zuwachsrate von erwerbstätigen Müttern mit einem Kind unter neun Jahren in der EU auf, allerdings arbeiten die niederländischen Frauen vorwiegend auf Teilzeitbasis. Die Schulpflicht beginnt mit fünf Jahren, doch wird ein Großteil der Kinder bereits mit vier Jahren eingeschult. Da die

außerfamiliäre Betreuung für Schulkinder und Kinder unter vier Jahren hier eine geringe Bedeutung hat, wurde die Kinderbetreuung vor allem in Kooperation mit dem Arbeitgeber privatwirtschaftlich geregelt.

Aufgrund des eklatanten Mangels an Plätzen in vorschulischen Einrichtungen im Vereinigten Königreich werden die Kinder hier früher eingeschult. Mittlerweile sind drei Viertel dieser Erstklässler vier Jahre alt. Nach den Niederlanden ist die Zuwachsrate erwerbstätiger Mütter im EU-Vergleich im Vereinigten Königreich am höchsten. Aber auch der Anteil der Ein-Eltern-Familien ist der höchste in der EU. Das Vereinigte Königreich verfügt über eine Vielfalt von Einrichtungen und Angeboten, an Trägern und zuständigen Behörden, doch entspricht dies nicht den Bedürfnissen der Familien, so dass Vorschuleinrichtungen den Bedarf von Drei- bis Vierjährigen für nur ein Viertel dieser Altersgruppe abdecken, die zudem noch zu 88 Prozent Halbtagsplätze sind. Hinzu kommt eine Versorgungsquote von knapp einem Prozent der null- bis fünfjährigen Kinder. In diese Marktlücke drängen private Anbieter, die meist nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten arbeiten.

Schweiz und Österreich

Den Spagat zwischen Beruf und Familie lösen die Frauen und Männer in der Schweiz und Österreich ebenfalls individuell. Obwohl die Erwerbsquote der Schweizer Frauen im EU-Vergleich keineswegs sehr hoch ist, sind auch hier die Frauen nicht mehr bereit, die Berufsperspektive der Familie zu opfern. Von den Frauen, die wegen der Kinder zu Hause geblieben sind, möchte über die Hälfte gerne arbeiten. Vier von zehn Akademikerinnen bleiben kinderlos. Für lediglich vier Prozent aller Kinder zwischen null und vierzehn Jahren gibt es Plätze für die Ganztagsbetreuung mit der Konsequenz,

dass vierzig Prozent der Schulkinder heute unbetreut sind. Das Angebot für Betreuungsplätze entspricht bei weitem nicht dem Bedarf. Ein ähnliches Bild bietet die Versorgung der Vorschulkinder in Österreich. Zwar besuchen siebzig Prozent der Drei- bis Sechsjährigen eine Kinderbetreuungseinrichtung, doch nur 1,7 Prozent der unter Dreijährigen eine Krippe. Da auch jede fünfte Familie mit Kindern eine Ein-Eltern-Familie ist, hat sich der Bedarf in den letzten Jahren enorm vergrößert. In den Betreuungseinrichtungen haben heute über achtzig Prozent der Kinder eine erwerbstätige Mutter. Ähnlich wie in den meisten europäischen Ländern (Vereinigtes Königreich, Niederlande, Schweiz, Italien, Spanien und Portugal) fordern auch die Eltern in Österreich eine bessere qualitative Betreuung, bedarfsgerechte Betreuungsplätze mit längeren, flexibleren Öffnungszeiten und kleinere Gruppen.

Diese Forderungen entsprechen auch dem Bedarf, den Eltern in Deutschland haben. Die Lebensbedingungen von Familien haben sich in den letzten Jahren europaweit verändert. Aber auch die Formen des Zusammenlebens, die Ansprüche der Arbeitswelt sowie die zunehmende Erwerbstätigkeit von Müttern sind Entwicklungen, die in allen europäischen Ländern neue Ansätze in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf erforderlich machen.

Wie sieht die Betreuungssituation in Deutschland aus?

Heute sind 64 Prozent der Mütter in Deutschland im erwerbsfähigen Alter berufstätig. Das sind fünf Prozent mehr als noch vor fünf Jahren. Zwar nehmen 71 Prozent der Mütter in West- und 66 Prozent in Ostdeutschland Erziehungszeit, doch arbeiten knapp dreißig Prozent der Mütter in dieser Zeit als Teilzeitkräfte weiter. In Deutschland sind ein Viertel aller Frauen mit Kleinkindern berufstätig,

wobei ihr Anteil mit dem Alter der Kinder steigt. So sind 57 Prozent der ostdeutschen und 45 Prozent der westdeutschen Mütter mit Kindern bis zwölf Jahren erwerbstätig (Büchel 2002). Bei Kindern zwischen fünfzehn und achtzehn Jahren sind sogar 69,2 Prozent der Mütter berufstätig (Mikrozensus 2001 und IAB). Die Erwerbstätigkeit der Mütter in Deutschland lässt sich nach einer Studie des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) wie folgt analysieren: Je geringer die Kinderzahl und je älter das jüngste Kind ist, desto eher sind Mütter erwerbstätig, wobei Bildungsniveau und Erwerbsneigung positiv korrelieren.

In Deutschland scheitern Mütter nicht nur am mangelnden institutionellen Betreuungsangebot, sondern auch an starren Öffnungszeiten, am begrenzten Angebot eines Mittagessens und an der nicht immer zufrieden stellenden Qualität der Betreuung. Allerdings gibt es zwischen West- und Ostdeutschland noch große Unterschiede. Während in der Gruppe der Dreijährigen im Westen ein Drittel betreut wird, sind es im Osten vier Fünftel. In den Betreuungszeiten gibt es ebenfalls starke Differenzen. In Ostdeutschland werden siebzig Prozent der Kinder im Kindergartenalter ganztags betreut, im Westen sind es nur knapp zwanzig Prozent. Tagesmütter spielen in West- und Ostdeutschland mit unter drei Prozent eine sehr geringe Rolle. Wer in Deutschland berufstätig sein will, braucht viel Fantasie und Kreativität, Managementfähigkeit, starke Nerven und die nötigen finanziellen Mittel, um den fehlenden Kindergarten-, Hortplatz oder die Öffnungszeiten der Kindergärten, die ausgefallenen Schulstunden und auch den Schulschluss um zwölf Uhr mittags in den ersten Jahren der Grundschulzeit zu überbrücken.

Wie die Ergebnisse einer Studie über die Alltagspraxis berufstätiger Mütter in Frankfurt am Main und Leipzig verdeutlichen, verfolgen sie eine Vielzahl von

Strategien, um ihren Alltag zu organisieren. Erst durch die Inanspruchnahme von Betreuungseinrichtungen wie Kindertagesstätten und Horte, die Nutzung sozialer Netze (Verwandte, Freundinnen), die Flexibilisierung der Erwerbsarbeit, die Delegation der Hausarbeit an externe Kräfte sowie die verstärkte Einbeziehung der Partner in die Haus- und Familienarbeit ist es Frauen möglich, Erwerbs- und Familienarbeit miteinander zu kombinieren. Je mehr verschiedene Möglichkeiten sie nutzen können, umso besser gelingt die Vereinbarkeit. Dabei spielen Bildung und Einkommen eine wesentliche Rolle für den Erfolg des Arrangements von Familie und Beruf (vergleiche hierzu Ludwig/Schlevogt 2002). Insofern ist es nicht mehr erstaunlich, dass eine zeitlich umfassende institutionelle Kinderbetreuung bei erwerbstätigen Müttern überproportional oft mit einem höheren Einkommen verbunden ist (vergleiche Büchel 2002).

Frankreich und Schweden

Die Floristin scheiterte am fehlenden institutionellen Angebot. Ihr Problem wäre in Frankreich schnell gelöst. Frankreich und die skandinavischen Länder – vor allem Schweden – zeichnen sich durch eine dezidierte Vereinbarkeitspolitik aus. Während in Deutschland noch immer Kinderbetreuung als Privatsache betrachtet wird, gilt sie in Frankreich als Angelegenheit der öffentlichen Politik und als wichtiger Bereich der Familienpolitik. Frankreich liegt knapp vor Dänemark und Schweden unter den OECD-Ländern auf dem ersten Rang, sowohl was die Hilfen für Mütter mit Kindern unter sechs Jahren betrifft als auch bezüglich der Förderung der Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kindern zwischen drei und sechs Jahren. Heute sind achtzig Prozent der 25- bis 45-jährigen Frauen berufstätig. Auf die Geburtenrate hat dies keinen negativen Einfluss – die französische Geburtenrate liegt mit 1,9 um 0,5 höher als in Deutsch-

land und führt die Liste der EU-Staaten an. Als wesentliche Gründe für die hohe Geburtenrate nennen Fachleute: die gut funktionierende Kinderbetreuung, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf garantiert, ein gesellschaftliches Klima, das berufstätige Mütter nicht als Rabenmütter stigmatisiert und eine gute Wirtschaftskonjunktur mit Aussicht auf einen sicheren Arbeitsplatz.

In Frankreich besuchen vierzig Prozent der Zweijährigen und 99 Prozent aller Dreijährigen Krippen beziehungsweise Kindergärten, die täglich von 7.30 Uhr bis 18.30 Uhr geöffnet sind. Im Alter von sechs Jahren wechseln die Kinder an die Ganztagschule. Ob die Ganztagschule die Kinder ihren Eltern entfremdet, wird in der französischen Gesellschaft kaum diskutiert. Vielmehr haben alle führenden politischen Kräfte des Landes eine weitere Steigerung der Erwerbsquote der Frauen auf ihre Fahnen geschrieben.

Ganztagschulen sind flächendeckend vorhanden, ebenso Vorschulen. Im EU-Vergleich verfügt Frankreich über eine der besten pädagogischen Betreuungsangebote für Vorschulkinder. Der Beitrag der Eltern für Krippen ist einkommensabhängig und kann für neun Stunden Betreuung an fünf Tagen pro Woche bis zu 500 Euro monatlich betragen.

Die finanzielle Unterstützung für Familien verläuft auf vielerlei Weise. Für das erste Kind bekommen nur Sozialschwache eine Unterstützung, für das zweite Kind gibt es für alle Einkommensklassen gut 100 Euro im Monat. Für diejenige Hälfte der französischen Haushalte, die überhaupt noch Einkommenssteuer zahlt, bedeuten die erheblichen Freibeträge für Ehepartner und Kinder eine wichtige Entlastung. Eine Familie mit einem Durchschnittsverdienst und drei oder mehr Kindern zahlt damit kaum oder gar keine Einkommenssteuer. Wer Hausangestellte beschäftigt, kann sich ei-

nen Teil der Sozialabgaben vom Staat erstaten lassen.

Das Angebot, häusliche Angestellte einzustellen, wurde in den letzten zehn Jahren von einer immer größeren Zahl von Familien genutzt. Zwischen 1990 und 1999 wurden 277 000 neue Tagesmütter und häusliche Angestellte gemeldet. Diese Form der Kinderbetreuung kommt vielen Eltern entgegen, weil sie mehr Flexibilität bietet als kollektive Betreuungsmöglichkeiten.

Hinter diesen familienpolitischen Maßnahmen und Leistungen steht das Verständnis einer Familienpolitik, in deren Mittelpunkt die Interessen des Kindes beziehungsweise seine Rechte, die gemeinsame Elternschaft und die Balance von Beruf und Familie steht. Kinder werden nicht mehr im Hinblick auf die Bedürfnisse der Familie als soziale Einheit, sondern hinsichtlich ihrer eigenen Bedürfnisse betrachtet. Die Eheschließung ist nicht länger die Voraussetzung für die Gründung einer Familie. Tatsächlich nimmt die Zahl der außerehelich geborenen Kinder stetig zu. Im Jahr 2000 waren 43 Prozent aller Geburten und 55 Prozent der Erstgeburten Kinder mit unverheirateten Eltern.

Vorrangige Elternrolle

Das eheliche Band wird in der Familienpolitik Frankreichs zugunsten des elterlichen Bandes schwächer. Da die elterlichen Bande sowohl den Bruch der ehelichen Bande als auch die Neugründung einer Familie überdauern, wird der Begriff der Familie schrittweise vom Begriff des Elternseins abgelöst. Folglich lassen sich so genannte „familienfreundliche“ öffentliche Politiken nicht länger mit dem Gedanken vom Schutz der Familie als solche rechtfertigen. Es sind vielmehr die elterlichen Verpflichtungen, die im Mittelpunkt stehen. Wenn die Bestätigung der elterlichen Rolle als vorrangig vor der ehelichen betrachtet wird, dann bringt es eine solche Politik mit sich, dass das

Wohlergehen der Kinder zum Schlüsselprinzip der öffentlichen Politik wird. Die Frage der Sozialisierung der Kinder ist eines der Hauptanliegen des Staates. Die französische Familienpolitik ist daher eine Kindheitspolitik mit starken bevölkerungspolitischen Zügen, die der zunehmenden Individualisierung Rechnung trägt.

Würde die deutsche Floristin in Schweden leben, wäre es für sie selbstverständlich, eine Familie zu haben und gleichzeitig berufstätig zu sein. Denn das schwedische Wohlfahrtsmodell basiert auf Vollbeschäftigung und der Teilnahme aller Bürger am Arbeitsmarkt. Im Jahr 2001 waren 79 Prozent aller Frauen zwischen 16 und 64 Jahren berufstätig, bei den Frauen mit einem Kind unter sieben Jahren waren es sogar 82 Prozent. Mit zunehmendem Alter der Kinder und wachsendem Bildungsniveau steigt die Erwerbsquote, während mit zunehmender Anzahl der Kinder die Arbeitsmarktbeteiligung und Arbeitszeitdauer zurückgehen.

Ziel schwedischer Familienpolitik ist es seit den siebziger Jahren, berufstätige Eltern zu unterstützen. Die steigende Nachfrage in den siebziger Jahren hatte dazu geführt, immer mehr Frauen statt Fremdarbeiter einzustellen. Damit schwedische Frauen am Arbeitsmarkt teilnehmen können, hat die schwedische Politik drei Säulen entwickelt, die dies ermöglichen: Individualbesteuerung, öffentliche Kinderbetreuung und Elternurlaubsversicherung. Schwedische Arbeitsmarkt-, Familien- und Steuerpolitik geht davon aus, dass sich jeder Schwede/jede Schwedin selbst versorgt. Die Änderung des Steuersystems in den siebziger Jahren erschwerte es den Familien, von nur einem Gehalt zu leben. Allerdings arbeiten mehr als die Hälfte aller Mütter von Kindern, die noch nicht im schulpflichtigen Alter sind, in einer Teilzeitbeschäftigung von zirka dreißig Stunden. Damit Mütter berufstätig sein können, sind die Gemeinden seit 1995

verpflichtet, für die ein- bis zwölfjährigen Kinder von berufstätigen oder studierenden Eltern öffentliche Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Bis Ende des Jahres 2000 nahmen siebzig Prozent der Kinder zwischen einem Jahr und fünf Jahren die öffentliche Kinderbetreuung in Anspruch. In der Gruppe der Sechsbis Zwölfjährigen besuchen 66 Prozent eine öffentliche Kinderbetreuung.

Damit Eltern nach der Geburt ihres Kindes zu Hause bleiben können, wurde der Elternurlaub eingeführt, der im Januar 2002 auf sechzehn Monate verlängert wurde. Er kann bis zum achten Geburtstag des Kindes als Vollzeit- oder Teilzeitfreistellung genommen werden. Jedoch werden 84 Prozent der zur Verfügung stehenden Tage noch vor dem zweiten Geburtstag des Kindes in Anspruch genommen. In dieser Zeit des Elternurlaubes erhalten Eltern achtzehn Prozent des Gehaltes für die Dauer von achtzehn Monaten, während für die verbleibenden drei Monate ein Pauschalsatz gezahlt wird. Die Idee des Elternurlaubes basiert auf der schwedischen Gleichstellungspolitik, dass auch Väter mehr Zeit für ihre Kinder haben sollen. So erhöhte sich die Quote der Väter im Elternurlaub im Jahr 1999 auf 36,2 Prozent.

Eltern erfahren in Schweden sowohl materielle Unterstützung in Form von Kindergeld bis zum sechzehnten Lebensjahr des Kindes von monatlich 99 Euro als

auch die Bereitstellung eines öffentlichen Betreuungsangebotes, das Eltern monatlich maximal 78 Euro pro Kind kostet. In der modernen schwedischen Gesellschaft werden der Elternurlaub und der Zugang zur öffentlichen Kinderbetreuung als Selbstverständlichkeit betrachtet und auch von fast allen Familien genutzt.

Die deutsche Floristin ist daran gescheitert, dass Kindern, vor allem denen unter drei Jahren, zu wenig Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf Privatangelegenheit deutscher Mütter ist. Doch die Diskussion um Ganztagschulen und bessere Betreuungsqualität in Kindergärten zeigt, dass Bewegung in überholte Strukturen gekommen ist. Wie die Vereinbarkeit besser gelingen kann, zeigen unsere Nachbarn.

Weiterführende Literatur

Büchel, Felix; Spieß, Katharina: Form der Kinderbetreuung und Arbeitsmarkterhalten von Müttern in West- und Ostdeutschland, Gutachten im Auftrag des BMFSFJ, Juni 2002

Franco, Ana/Winqvist, Karin: Frauen und Männer, die Arbeit und Familie vereinbaren, Eurostat 9/2002

Leipert, Christian (Hrsg.): Aufwertung der Erziehungsarbeit. Europäische Perspektiven einer Strukturreform der Familien- und Gesellschaftspolitik, Opladen 1999

Mikrozensus 2001: Wie die Deutschen arbeiten und leben, Wiesbaden 2002

Oberhuemer, Pamela: Kinderbetreuung in Europa, Weinheim, Basel 1997

Begünstigung aufgehoben

„Privilegien, die für alle gelten, sind eben keine Privilegien mehr. Begünstigen kann man immer nur eine Teilmenge. Das Grundgesetz will Ehe und Familie begünstigen. Die Richter des Bundesverfassungsgerichtes haben ihm widersprochen.“

Stefan Dietrich am 19. Juli in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*